

LION UMBRELLA FUND SCS, SICAV-RAIF

*(Société d'investissement à capital variable – fonds d'investissement alternatif
réservé sous la forme d'une société en commandite simple)*

Gesellschaftssitz: 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg
Großherzogtum Luxemburg

NUMMER 2722/2016

GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG VOM 12. DEZEMBER 2016

Im Jahre zweitausendsechzehn, den zwölften Dezember;

Vor dem unterzeichneten Notar Carlo **WERSANDT**, mit dem Amtssitz in
Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg),

SIND ERSCHIENEN:

Alceda Directors S.à r.l., eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung
luxemburgischen Rechts (*société à responsabilité limitée*), mit Sitz in 5, Heienhaff, L-
1736 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg, eingetragen im Handelsregister
Luxemburg unter B 132765;

hier vertreten durch Rechtsanwalt Arne **BOLCH**, mit Berufsanschrift in 10,
boulevard G:D. Charlotte, L-1011 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, aufgrund
einer Vollmacht unter Privatschrift; und

Alceda Fund Management S.A., eine Aktiengesellschaft luxemburgischen
Rechts (*société anonyme*), mit Sitz in 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg,
Großherzogtum Luxemburg, eingetragen im Handelsregister Luxemburg unter B
123356;

hier vertreten durch Rechtsanwalt Arne **BOLCH**, mit Berufsanschrift in 10,
boulevard G:D. Charlotte, L-1011 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, aufgrund
einer Vollmacht unter Privatschrift;

(zusammen die **Parteien**).

Die Erschienenen, vertreten wie oben angegeben, ersuchen den unterzeichneten
Notar, die nachfolgende Satzung einer Investmentgesellschaft mit variablem Kapital –
spezialisierter Investmentfonds (*société d'investissement à capital variable – fonds*

d'investissement alternatif réservé) unter der Form einer Kommanditgesellschaft (*société en commandite simple*), die sie hiermit gründen, wie folgt zu beurkunden:

DIE PARTEIEN VEREINBAREN FOLGENDES:

1. DEFINITIONEN

1.1 Definitionen

Die in diesem Gesellschaftsvertrag verwendeten Begriffe haben die im Informationsdokument niedergelegte Bedeutung, sofern sich aus diesem Gesellschaftsvertrag nicht etwas anderes ergibt. Alle Bezugnahmen auf den Singular umfassen eine Bezugnahme auf den Plural und umgekehrt.

2. FORM, NAME, GESELLSCHAFTSSITZ, LAUFZEIT, GESELLSCHAFTSZWECK

2.1 Form, Name

2.1.1 Hiermit wird zwischen dem Komplementär, dem Gründungskommanditisten und allen denjenigen, welche Eigentümer von zukünftig ausgegebenen Gesellschaftsanteilen werden (die „Gesellschafter“), eine Kommanditgesellschaft luxemburgischen Rechts (*société en commandite simple*) errichtet, die den Namen „Lion Umbrella Fund SCS, SICAV-RAIF“ trägt (nachfolgend die „Gesellschaft“).

2.1.2 Die Gesellschaft unterliegt dem Gesetz von 1915, dem Gesetz von 2013 sowie dem Gesetz von 2016 sowie dem vorliegenden Gesellschaftsvertrag. Im Falle von Widersprüchen zwischen dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2016 hat das Gesetz von 2016 Vorrang.

2.2 Gesellschaftssitz

2.2.1 Sitz der Gesellschaft ist die Gemeinde Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg.

2.2.2 Niederlassungen der Gesellschaft können entweder im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland errichtet werden.

2.2.3 Der Gesellschaftssitz kann durch Beschluss des Komplementärs innerhalb des Großherzogtums Luxemburgs verlegt werden.

2.3 Laufzeit, Auflösung, Liquidation

2.3.1 Die Gesellschaft wird für eine unbestimmte Laufzeit errichtet.

2.3.2 Die Gesellschaft tritt bei Auflösung eines Teilfonds automatisch in die Phase der Liquidation ein, wenn zu diesem Zeitpunkt kein weiterer Teilfonds mehr besteht. Die Teilfonds können mit einer befristeten oder einer unbefristeten Laufzeit

aufgelegt werden. Falls Teilfonds eine befristete Laufzeit haben, werden sie an ihrem Laufzeitende automatisch in Liquidation gesetzt. Ist ein Teilfonds für eine unbegrenzte Laufzeit errichtet, kann er nur auf Vorschlag des Komplementärs durch Beschluss der Anleger dieses Teilfonds in der Gesellschafterversammlung und vorbehaltlich der gemäß dem Gesellschaftsvertrag für Änderungen des Gesellschaftsvertrags erforderlichen Quorums- und Mehrheitserfordernisse aufgelöst werden.

2.3.3 Die Liquidation eines oder mehrerer Gesellschafter hat nicht die automatische Auflösung der Gesellschaft zur Folge.

2.3.4 Die Gesellschaft wird nicht aufgelöst im Falle der Liquidation, des Rücktritts, des Ausscheidens oder der Insolvenz des Komplementärs oder falls der Komplementär aus anderen rechtlichen Gründen nicht mehr fähig ist, für die Gesellschaft zu handeln. Auch die Übertragung des Komplementäranteils führt nicht zur Auflösung der Gesellschaft.

2.3.5 Die Gesellschaft wird aufgelöst, wenn er nicht wenigstens einen Komplementär und einen Kommanditisten hat, die von einander verschieden sind.

2.3.6 Die Gesellschaft kann zu jeder Zeit auf Vorschlag des Komplementärs durch Beschluss der Gesellschafterversammlung und vorbehaltlich der gemäß diesem Gesellschaftsvertrag für Änderungen des Gesellschaftsvertrages erforderlichen Quorums- und Mehrheitserfordernisse aufgelöst werden.

2.3.7 Sollte der Nettoinventarwert der Gesellschaft unter zwei Drittel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitals von einer Million zweihundertfünfzigtausend Euro (1.250.000 EUR) fallen, so hat der Komplementär der Gesellschafterversammlung die Entscheidung über die Auflösung der Gesellschaft vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung, für die es kein Anwesenheitsquorum gibt, entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der auf der Gesellschafterversammlung vertretenen Gesellschaftsanteile. Fällt der Nettoinventarwert unter ein Viertel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitals, so genügt zur Auflösung der Gesellschaft ein Viertel der Stimmen der auf der Gesellschafterversammlung anwesenden oder vertretenen Gesellschaftsanteile, ohne dass ein Anwesenheitsquorum besteht. Die Gesellschafterversammlung muss so einberufen werden, dass sie innerhalb einer Frist von vierzig (40) Bankarbeitstagen nach der Feststellung, dass der Nettoinventarwert der Gesellschaft unter zwei Drittel bzw. ein Viertel des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestvermögens gefallen ist, abgehalten wird.

2.3.8 Die Auflösung der Gesellschaft wird von einem bzw. mehreren Liquidatoren vorgenommen, bei denen es sich um natürliche oder juristische Personen handelt. Die Gesellschafterversammlung bestellt die Liquidatoren und legt ihre Kompetenzen und Vergütung fest.

2.3.9 Das Vermögen der Gesellschaft wird nach der Auflösung und vor Beendigung der Gesellschaft ordnungsgemäß veräußert. Alle Erlöse aus dieser Veräußerung von Vermögenswerten werden in bar ausgezahlt. Eine Sachauskehrung findet nur mit Zustimmung des betreffenden Kommanditisten und nach grundsätzlich vorheriger Mitteilung in schriftlicher Form statt.

2.3.10 Die Versammlung eines Teilfonds hat das Recht, mit zwei Drittel-Mehrheit wirksamen abgegeben Stimmen des jeweiligen Teilfonds zu beschließen den jeweiligen Teilfonds aufzulösen. In einem solchen Fall wird die Gesellschaft, nach vollständiger Veräußerung der betreffenden Vermögenswerte, alle Kommanditanteile des entsprechenden Teilfonds zurücknehmen und den Anlegern den letzten ermittelten Nettoinventarwert je Kommanditanteil ihrer Kommanditanteile auszahlen (unter Bezugnahme auf den tatsächlich realisierten Verkaufspreis der Anlagen und der jeweiligen Kosten des Verkaufs).

2.4 Gesellschaftszweck, RAIF

2.4.1 Zweck der Gesellschaft ist die Anlage ihres Vermögens unter ständiger Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung in Anlagen und Beteiligungen an Vermögenswerten jeglicher Art im Einklang mit den Vorgaben des Gesetzes von 2016. Die Gesellschaft lässt ihren Gesellschaftern die Ergebnisse der Verwaltung ihres Vermögens zu Gute kommen.

2.4.2 Bei der Gesellschaft handelt es sich um einen reservierten alternativen Investmentfonds (RAIF) im Sinne des Gesetzes von 2016.

2.4.3 Die Gesellschaft ist grundsätzlich berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erreichung oder Förderung dieses Gesellschaftszwecks im Rahmen der anwendbaren Gesetze notwendig oder nützlich erscheinen.

3. KAPITAL, GESELLSCHAFTSANTEILE

3.1 Kapital, Mindestkapital

3.1.1 Das Kapital der Gesellschaft besteht aus voll eingezahlten Gesellschaftsanteilen und entspricht jederzeit dem gesamten Nettoinventarwert der Gesellschaft.

3.1.2 Das Mindestkapital der Gesellschaft hat eine Million zweihundertfünfzigtausend Euro (1.250.000 EUR) zu betragen und ist spätestens innerhalb von zwölf Monaten ab der Eintragung der Gesellschaft im luxemburgischen Handels- und Gesellschaftsregister als RAIF gemäß den luxemburgischen gesetzlichen Bestimmungen zu erreichen.

3.2 Arten von Gesellschaftern, Teilfonds

3.2.1 Als Kommanditgesellschaft (*société en commandite simple*) besitzt die Gesellschaft zwei Arten von Gesellschaftern:

(a) den Komplementär (*associé commandité*), der mindestens einen (1) Komplementäranteil hält und der gesamtschuldnerisch mit etwaigen weiteren Komplementären für jede Verpflichtung der Gesellschaft haftet, die nicht aus den Vermögenswerten der Gesellschaft beglichen werden kann; und

(b) Kommanditisten (*associés commanditaires*), die jeweils einen oder mehrere Kommanditanteile halten und deren Haftung auf ihre Kapitaleinlage in die Gesellschaft beschränkt ist.

3.2.2 Die Gesellschaft kann eine unbegrenzte Anzahl an Kommanditisten haben.

3.2.3 Der Komplementär ist berechtigt, nach eigenem Ermessen jederzeit einen oder mehrere Teilfonds im Sinne des Gesetzes von 2016 aufzulegen, welche jeweils einen separaten Teil des Vermögens der Gesellschaft umfassen. Die Gesellschaft wird für jeden Teilfonds spezifische Charakteristika und Bestimmungen definieren, insbesondere eine spezifische Anlagepolitik sowie spezifische Anlagebeschränkungen festsetzen und jeden Teilfonds eindeutig bezeichnen.

3.2.4 Die Rechte der Kommanditisten und Gläubiger eines Teilfonds oder die Rechte, die im Zusammenhang mit der Gründung, der Verwaltung oder der Liquidation eines Teilfonds stehen, beschränken sich auf die Vermögenswerte dieses Teilfonds. Jeder Teilfonds besitzt ein eigenständiges Teilvermögen und führt seine Geschäfte insoweit unabhängig, als jedes Teilfondsvermögen zum ausschließlichen Nutzen des betreffenden Teilfonds investiert wird. Die Vermögenswerte eines Teilfonds haften ausschließlich im Umfang der Ansprüche der Gesellschafter dieses Teilfonds und im Umfang der Forderungen derjenigen Gläubiger, deren Forderungen im Zusammenhang mit der Gründung, Verwaltung oder der Liquidation dieses Teilfonds entstanden sind. Im Verhältnis der Gesellschafter untereinander wird jeder Teilfonds als eigenständige Einheit behandelt.

3.2.5 Ein Teilfonds kann nur auf Vorschlag des Komplementärs durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der Gesellschafter des betroffenen Teilfonds und vorbehaltlich der gemäß diesem Gesellschaftsvertrag für Änderungen des Gesellschaftsvertrags erforderlichen Quorums- und Mehrheitserfordernisse aufgelöst werden.

3.2.6 Der Komplementär ist berechtigt, neben dem/den Komplementäranteil(en) für jeden Teilfonds eine Mehrzahl von Kommanditanteilsklassen auszugeben, die je Kommanditanteilsklasse rechtlich unterschiedlich ausgestaltete Kommanditanteile umfassen. Die Kommanditanteilsklassen können sich im Hinblick auf die Zeichnungspreise, die Gebührenstruktur, die Mindestkapitalzusage, die Ausschüttungs- bzw. Wiederanlagepolitik, die von den Kommanditisten zu erfüllenden Voraussetzungen, die Berechnungswährung oder sonstige besondere Merkmale, die jeweils vom Komplementär bestimmt werden, unterscheiden. Der Nettoinventarwert je Kommanditanteil wird für jede ausgegebene Kommanditanteilsklasse einzeln berechnet. Falls Kommanditanteilsklassen ausgegeben werden, werden die unterschiedlichen Merkmale der einzelnen Kommanditanteilsklassen im Informationsdokument aufgeführt.

3.3 Gesellschaftsanteile

3.3.1 Die Kommanditanteile gelten als Wertpapiere (*titres*) im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 des Gesetzes von 1915 und verfügen über eine *International Securities Identification Number* (ISIN). Die Kommanditanteile müssen bei Begebung vollständig eingezahlt werden. Einlagen der Gesellschafter sind in bar zu leisten. Bruchteile von Kommanditanteilen werden mit bis zu zwei Dezimalstellen (abgerundet) ausgegeben.

3.3.2 Jeder Kommandit- und Komplementäranteil gibt Anrecht auf eine Stimme in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen – sei es in Bezug auf die Gesellschaft, sei es in Bezug auf einen Teilfonds der Gesellschaft. Bruchteile von Kommandit- und Komplementäranteilen sind nicht stimmberechtigt, jedoch zur entsprechenden Teilnahme an den Ausschüttungen und den Liquidationserlösen berechtigt.

3.3.3 Die Gesellschaft erkennt nur einen einzigen Gesellschafter pro Kommandit- und Komplementäranteil oder Bruchteil eines Kommandit- und Komplementäranteils an. Wird ein Kommandit- und Komplementäranteil von mehreren

Personen gehalten, besitzt die Gesellschaft das Recht, die Ausübung aller damit verbundenen Rechte auszusetzen, bis eine Person im Verhältnis zur Gesellschaft zum alleinigen Eigentümer ernannt wird; nur diese wird im Register als Eigentümer eingetragen. Die gleiche Regelung gilt im Falle eines Konfliktes zwischen dem Nießbraucher (*usufruitier*) und dem rechtlichen Eigentümer (*nu-propriétaire*) oder zwischen dem Pfandgeber und Pfandnehmer.

3.3.4 Die Kommanditanteile nehmen entsprechend 5.6 an der Ergebnisverwendung teil.

3.3.5 Die Kommanditisten sind nach vollständiger Erbringung ihrer auf den jeweiligen Kommanditeil entfallenden Kapitalzusage nicht zur Einlage oder sonstigen Zahlung darüber hinausgehenden Kapitals verpflichtet.

3.4 **Register**

3.4.1 Die Gesellschaft führt über alle ausgegebenen Kommandit- und Komplementäranteile ein Register mit den beteiligungsbezogenen Daten der Gesellschafter; sie differenziert im Register nach der Art der Anteile.

3.4.2 Beteiligungsbezogene Daten sind insbesondere Name, Vorname, Beruf und private oder berufliche Anschrift oder bei juristischen Personen Name, Rechtsform, Anschrift, Eintragsnummer im Handels- und Gesellschaftsregister sowie zuständiges Finanzamt, Steuernummer bzw. Steuer-Identifikationsnummer, Legitimierung nach dem abgeänderten luxemburgischen Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche vom 12. November 2004 in der jeweils gültigen Fassung, den entsprechenden großherzoglichen Verordnungen sowie den einschlägigen Rundschreiben der *Commission de Surveillance du Secteur Financier* (CSSF) in der jeweils letzten Fassung sowie die Bankverbindung.

3.4.3 Jeder Gesellschafter teilt der Gesellschaft die beteiligungsbezogenen Daten und alle Änderungen diesbezüglich unverzüglich mit und belegt dies durch geeignete Unterlagen. Alle Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an die Gesellschafter können rechtsverbindlich an die im Register verzeichnete Postanschrift versendet werden. Ferner teilt jeder Gesellschafter der Gesellschaft die Anzahl der gehaltenen Gesellschaftsanteile und deren Art mit.

3.5 **Zulässige Anleger**

3.5.1 Neue Kommanditanteile werden nur an den Gründungskommanditisten oder Zulässige Anleger ausgegeben. Zeichnet oder erwirbt ein Kommanditist

Kommanditanteile nicht auf eigene Rechnung, sondern auf Rechnung eines Dritten, so muss dieser Dritte ebenfalls als Zulässiger Anleger gelten.

3.5.2 Die Überprüfung, ob ein Kommanditist die Voraussetzungen eines Zulässigen Anlegers erfüllt, obliegt dem Komplementär der Gesellschaft.

3.6 Beschränkungen des Eigentums an Kommanditanteilen

3.6.1 Sofern die Gesellschaft feststellt, dass ein Kommanditist oder Übertragungsempfänger, seiner Verpflichtung, die vom Komplementär gemäß diesem Gesellschaftsvertrag, dem Informationsdokument oder einer Zeichnungsvereinbarung angeforderten Unterlagen zu seiner Person und/oder einem etwaigen wirtschaftlich Berechtigten der vom jeweiligen Kommanditisten gehaltenen Kommanditanteile beizubringen, nicht innerhalb einer angemessenen vom Komplementär gesetzten Frist vollständig nachkommt, gilt dies als Anhaltspunkt dafür, dass es sich bei dem Kommanditisten oder Übertragungsempfänger um einen Schädlichen Kommanditisten handelt.

3.6.2 Gegenüber Schädlichen Kommanditisten kann die Gesellschaft folgende Maßnahmen treffen:

(a) die Ausgabe von Kommanditanteilen oder die Eintragung einer Übertragung von Kommanditanteilen im Register verweigern, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass diese Ausgabe oder Eintragung dazu führt, dass ein Schädlicher Kommanditist rechtliches oder wirtschaftliches Eigentum an Kommanditanteilen erwirbt; und/oder

(b) von dem Kommanditisten, dessen Name im Register eingetragen ist, oder einer Person, die sich im Rahmen einer Übertragung als Eigentümer von Kommanditanteilen registrieren lassen will, verlangen, dass sie der Gesellschaft jegliche Informationen, deren Richtigkeit gegebenenfalls an Eides statt zu versichern ist, beibringt, die die Gesellschaft für notwendig hält, um entscheiden zu können, ob das rechtliche oder wirtschaftliche Eigentum dieser Kommanditanteilen bei einem Schädlichen Kommanditisten liegt oder ob sich aus der betreffenden Eintragung ein rechtliches oder wirtschaftliches Eigentum von Schädlichen Kommanditisten ergeben würde; und/oder

(c) von einem Kommanditisten verlangen, seine Kommanditanteile zu verkaufen und der Gesellschaft innerhalb von fünfzehn (15) Bankarbeitstagen den entsprechenden Verkauf nachzuweisen.

(d) Hält der Kommanditist sich nicht an diese Anweisung, kann die Gesellschaft zwangsweise alle von diesem Kommanditisten gehaltenen Kommanditanteile innerhalb einer Frist von weiteren fünfzehn (15) Bankarbeitstagen zurücknehmen. Der Rücknahmepreis im Falle einer Zwangsrücknahme beläuft sich auf achtzig Prozent (80 %) des am Tag des letzten Bewertungstages vor Ablauf der vorbenannten Nachfrist berechneten Nettoinventarwerts pro Kommanditeil der jeweiligen Kommanditeilsklasse, wobei die Zahlung der entsprechenden Rücknahmeerlöse innerhalb von zwölf (12) Monaten zum Ende der vorstehend genannten Mitteilungsfrist erfolgt; und/oder

(e) dieser Kommanditist erklärt sich hiermit ausdrücklich und unwiderruflich damit einverstanden, dass die Gesellschaft entsprechende Maßnahmen für den entsprechenden Verkauf ergreift; und/oder

(i) dem Kommanditisten sein Stimmrecht mit der Folge entziehen, dass sämtliche Entscheidungen, die von seiner Zustimmung abhängig oder von Kommanditisten zu treffen sind, ohne seine Mitwirkung getroffen werden können; und/oder

(ii) sämtliche zu leistenden Ausschüttungen oder sonstigen auf die Kommanditanteile eines Kommanditisten zu leistenden Zahlungen vorerst einbehalten.

3.6.3 Kommanditisten verpflichten sich mit Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrages oder einer Zeichnungsvereinbarung, ihre Kommanditanteile nicht an Schädliche Kommanditisten zu verkaufen oder zu übertragen oder Schädlichen Kommanditisten das wirtschaftliche Eigentum an den Kommanditeilen einzuräumen. Sofern sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass es sich bei dem potenziellen Erwerber, Übertragungsempfänger oder wirtschaftlichen Eigentümer um einen Schädlichen Kommanditisten handeln könnte, sind der Gesellschaft vor Abschluss des Kaufvertrages, der Übertragungsvereinbarung oder der Vereinbarung über die Gewährung des wirtschaftlichen Eigentums geeignete Informationen, deren Richtigkeit gegebenenfalls an Eides statt zu versichern ist, durch den Kommanditisten beizubringen, die eine Beurteilung der Eigenschaft des potenziellen Erwerbers, Übertragungsempfängers oder wirtschaftlichen Eigentümers vor Abschluss einer rechtswirksamen Vereinbarung durch die Gesellschaft ermöglicht.

3.7 Zahlungsverzug

3.7.1 Zahlt ein Anleger innerhalb der vom Komplementär in der jeweiligen Kapitalabrufmitteilung festgelegten Frist die von ihm darin verlangte Zahlung nicht oder nicht vollständig, erklärt der Komplementär den betreffenden Anleger zum

säumigen Kommanditisten (der "**Säumige Kommanditist**"). Hat ein Säumiger Kommanditist nach weiteren zehn (10) Bankarbeitstagen nachdem er zum Säumigen Kommanditist erklärt wurde die fällige Zahlung nicht geleistet, kann der Komplementär nach seinem Ermessen folgende Maßnahmen ergreifen:

(a) er kann von dem Säumigen Kommanditisten die Zahlung von Zinsen auf den ausstehenden Betrag in Höhe des 3-Monats Euribor zzgl. 10 Prozentpunkte an der Gesellschaft für den Zeitraum ab Fälligkeit der Zahlung bis zu deren Leistung verlangen;

(b) er kann von dem Säumigen Kommanditisten Ersatz für Schäden, Kosten, Aufwendungen etc. verlangen, die der Gesellschaft durch den Zahlungsverzug entstehen bzw. entstanden sind;

(c) er kann dem Säumigen Kommanditisten sein Stimmrecht bis zur Beendigung des Zahlungsverzugs entziehen, sodass sämtliche Entscheidungen, die von seiner Zustimmung abhängig oder von Kommanditisten zu treffen sind, ohne seine Mitwirkung getroffen werden können; und/oder

(d) er kann Ausschüttungen an den Säumigen Kommanditisten gegen die im Verzug befindliche Zahlung aufrechnen oder Ausschüttungen zurückhalten bis der Zahlungsverzug beendet ist.

3.7.2 Ist der Zahlungsverzug des Säumigen Kommanditisten auch nach dreißig (30) Bankarbeitstagen nach Erklärung zum Säumigen Kommanditisten gemäß Absatz 1 nicht beendet, kann der Komplementär nach eigenem Ermessen eine der folgenden Maßnahmen zusätzlich zu den unter Absatz 3.7.1 benannten, ergreifen:

(a) er kann eine Zwangsrücknahme einiger oder aller Kommanditanteile des Säumigen Kommanditisten gegen Zahlung eines Rücknahmepreises je Kommanditanteil vornehmen, der achtzig Prozent (80 %) des Nettoinventarwerts je Kommanditanteil zum Zeitpunkt der Rücknahme entspricht, wobei der Rücknahmezeitpunkt und die Zahlungsmodalitäten nach eigenem Ermessen des Komplementärs festgelegt werden; oder

(b) er kann von dem Säumigen Kommanditisten verlangen, dass er seine Kommanditanteile veräußert bzw. einen Zwangsverkauf einleiten oder die Kommanditanteile zu dem unter lit. (a) genannten Nettoinventarwert zurücknehmen.

3.7.3 Des Weiteren kann der Komplementär die Kapitalzusage des Säumigen Kommanditisten herabsetzen und/oder kündigen.

3.7.4 Zudem kann der Komplementär sämtlichen nicht-säumigen Kommanditisten eine zusätzliche Kapitalabrufmitteilung zusenden, um entsprechende Fehlbeträge des Säumigen Kommanditisten auszugleichen, wobei dabei die Offene Kapitalzusage jedes nicht-säumigen Kommanditisten nicht überschritten werden darf.

3.7.5 Die Geltendmachung des tatsächlich entstandenen Schadens bleibt von diesen Regelungen unberührt. Die vorstehend beschriebenen Ansprüche schließt auch die Geltendmachung weiterer etwaiger bestehender Ansprüche nicht aus.

3.8 Ausgabe von Kommanditanteilen

3.8.1 Die Ausgabe von Kommanditanteilen erfolgt zu dem im Informationsdokument festgelegten Ausgabepreis.

3.8.2 Kommanditanteile werden nur an den Gründungskommanditisten mit Unterzeichnung dieses Gesellschaftsvertrags sowie im Folgenden bei Abschluss entsprechender (Zeichnungs-) oder sonstiger Vereinbarungen ausgegeben und wenn ein Kapitalabruf durch die Gesellschaft erfolgt ist und der Ausgabepreis der gemäß dem jeweiligen Kapitalabruf zu erwerbenden Kommanditanteile zu Gunsten der Gesellschaft eingezahlt wurde.

3.8.3 Kommanditanteile werden nur ausgegeben, nachdem die Zeichnungsvereinbarung durch den Komplementär angenommen wurde, ein Kapitalabruf durch die Gesellschaft erfolgt ist und der Ausgabepreis der gemäß dem jeweiligen Kapitalabruf zu erwerbenden Kommanditanteile zu Gunsten der Gesellschaft eingezahlt wurde.

3.9 Übertragung von Kommanditanteilen

3.9.1 Zustimmung des Komplementärs

Ein Kommanditist (die "**Übertragende Person**") darf seine Kommanditanteile oder seine Offene Kapitalzusage vorbehaltlich der besonderen Übertragungsregelungen für VAG-Anleger nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Komplementärs, der seine Zustimmung nach seinem eigenem Ermessen erteilen darf, ganz oder teilweise an oder zugunsten eine(r) Person (die "**Übernehmende Person**") verkaufen, spenden, tauschen, abtreten, weitergeben, verpfänden (sofern nicht im Zusammenhang mit einer Kreditaufnahme für die Gesellschaft), hypothekarisch belasten oder anderweitig übertragen bzw. über sie verfügen (jeweils die "**Übertragung**"). Mit dieser Regelung soll der Kreis der Gesellschafter gesteuert werden.

3.9.2 Unerlaubte Übertragungen

Der Komplementär wird seine Zustimmung zu einer Übertragung insbesondere unter folgenden Umständen nicht erteilen:

- (a) der Komplementär kommt zu dem Schluss, dass die Übertragung nicht im besten Interesse der Gesellschaft oder der Kommanditisten insgesamt ist;
- (b) die Übertragung würde dazu führen, dass die Gesellschaft gegen ein Gesetz oder eine behördliche Verordnung verstößt;
- (c) die Übernehmende Person qualifiziert nicht als Zulässiger Anleger;
- (d) die Übernehmende Person ist nicht in der Lage, dem AIFM ihre Fähigkeit zur Erfüllung einer Offenen Kapitalzusage nachzuweisen; oder
- (e) die Übertragung würde nach Meinung des Komplementärs dazu führen, dass sich die Gesellschaft oder seine Gesellschafter Steuerpflichten ausgesetzt sehen oder andere rechtliche, aufsichtsrechtliche, finanzielle oder anderweitige nachteilige Folgen befürchten müssen, die er bzw. sie andernfalls nicht zu befürchten hätte(n), oder könnte nach Meinung der Gesellschaft in Absprache mit der Verwahrstelle und/oder der Zentralverwaltungsstelle dazu führen, dass die Gesellschaft und/oder die Gesellschafter einen Nachteil erleidet/erleiden, den die Gesellschaft bzw. die Gesellschafter andernfalls nicht erlitten hätte(n).

3.9.3 Übertragung durch VAG-Anleger

Die Übertragung von Kommanditanteilen durch VAG-Anleger bedarf keiner Zustimmung des Komplementärs, sofern es sich beim Erwerber um einen institutionellen Investoren oder einen Finanzintermediär handelt. Hierzu gehören unter anderem Versicherungsunternehmen, Versorgungswerke, Pensionsfonds, Sozialversicherungsträger, Stiftungen sowie Kreditinstitute. Andere potentielle Erwerber können akzeptiert werden, sofern sie über die entsprechende Bonität ("Investment Grade"-Rating nach der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über Ratingagenturen anerkannten Rating-Agentur) aufweisen oder über ausreichende geeignete Sicherheiten verfügen.

Soweit und solange die Kommanditanteile im Sicherungsvermögen im Sinne von § 125 des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes eines deutschen Versicherungsunternehmens oder durch einen anderen deutschen regulierten Anleger, der den Beschränkungen des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes unterliegt oder sich unterworfen hat, gehalten werden und dieser Anleger entweder gemäß § 128 des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes rechtlich zur Ernennung eines Treuhänders verpflichtet ist oder sich freiwillig einer solchen Verpflichtung unterworfen hat oder der

Anleger ähnlichen Verpflichtungen unterliegt oder sich freiwillig unterworfen hat, darf über diese Kommanditanteile nicht ohne vorherige schriftliche Genehmigung des entsprechenden Treuhänders des deutschen Versicherungsunternehmens oder des anderen deutschen regulierten Anlegers beziehungsweise dessen bevollmächtigten Vertreters verfügt werden.

3.9.4 Übertragungsvorgang

Eine Übertragung kann erst stattfinden, nachdem die Übernehmende Person der Gesellschaft gegenüber zugestimmt hat, an die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und des Informationsdokuments gebunden zu werden, und alle Rechte und Pflichten der Übertragenden Person hierunter übernimmt, indem sie – je nach Fall – eine ordnungsgemäß ausgefüllte Zeichnungsvereinbarung oder eine Beitritts- und Übertragungsvereinbarung einer bestehenden Zeichnungsvereinbarung unterzeichnet.

Die Register- und Transferstelle werden nur dann eine Übernehmende Person im Gesellschafterregister eintragen, wenn die Voraussetzungen einer Übertragung erfüllt worden sind.

3.9.5 Übertragungsfolgen

Mit der Übertragung der Kommanditanteile bzw. der Offenen Kapitalzusage übernimmt die Übernehmenden Person sämtliche Verbindlichkeiten und Verpflichtungen sowie die alleinige Haftung in Bezug auf diese Kommanditanteile bzw. die Offene Kapitalzusage; eine (subsidiäre) Haftung für diese Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten durch die Übertragenden Person ist nach der Verfügung über die Kommanditanteile bzw. Übertragung der Offenen Kapitalzusage ausgeschlossen (keine gesamtschuldnerische Haftung von Übertragender Person und Übernehmender Person). Diese Verpflichtungen und Verbindlichkeiten gehen mit schuldbefreiender Wirkung für die Übertragende Person auf die Übernehmende Person über.

Bei einer Übertragung von Kommanditanteilen geht die Offene Kapitalzusage des Übertragenden nicht automatisch mit über.

3.10 Rücknahmen

Die Gesellschaft ist unter Vorbehalt der spezifischen Regelungen eines Teilfondsanhangs im Informationsdokument für Rücknahmen offen.

3.10.1 Allgemeines Rücknahmeverfahren

Anleger, die im Einklang mit den Regelungen eines Teilfondsanhangs im Informationsdokument alle oder einen Teil ihrer Kommanditanteile zurücknehmen

wolle können per Fax oder Brief einen entsprechenden Antrag beim Komplementär bzw. der Register- und Transferstelle einreichen.

Der Antrag auf Rücknahme von Kommanditanteilen muss Folgendes beinhalten:

- (a) (i) die Anzahl der Kommanditanteile, die der Anleger zurückgeben möchte oder (ii) den indikativen Geldbetrag, den der Anleger erhalten möchte und
- (b) die Klasse, der die zur Rücknahme eingereichten Kommanditanteile angehören

(die "**Rücknahmemitteilung**").

Der betreffende Anleger erhält eine Bestätigung des Eingangs der Rücknahmemitteilung. Anleger sollten diese Bestätigung prüfen, um die korrekte Erfassung der Transaktion sicherzustellen. Die Gesellschaft betrachtet den in der Rücknahmemitteilung enthaltenen Rücknahmeantrag als bindend und unwiderruflich. Rücknahmemitteilungen müssen im Namen des die Kommanditanteile zurückgebenden Anlegers gestellt und entsprechend ordnungsgemäß unterzeichnet sein.

Der Rücknahmepreis ist der Nettoinventarwert der Kommanditanteile der Gesellschaft berechnet mit Wirkung zu dem jeweiligen Rücknahmetag. Bei der Berechnung des Rücknahmepreises rundet die Register- und Transferstelle den Betrag auf zwei Dezimalstellen ab.

3.10.2 Vorübergehende Aussetzung der Rücknahme

Das Recht eines Anlegers, die Rücknahme seiner Kommanditanteile zu verlangen, wird in Zeiträumen aufgehoben, in denen die Feststellung des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds der jeweiligen Klasse durch die Gesellschaft gemäß 3.11.8 ausgesetzt wird. Anleger, die ihre Kommanditanteile zur Rücknahme angeboten haben, werden von einer solchen Aussetzungsfrist in Kenntnis gesetzt. Ein Rücknahmeantrag kann mit gültiger Wirkung nur zurückgezogen werden, wenn der Komplementär bzw. die Register- und Transferstelle vor dem Ende des Aussetzungszeitraums eine entsprechende schriftliche Mitteilung erhält; andernfalls werden die betreffenden Kommanditanteile gemäß diesem Abschnitt nach dem Ende des Aussetzungszeitraums zurückgenommen.

3.10.3 Zwangsrücknahme

Der Komplementär kann zwangsweise Kommanditanteile von Kommanditisten (i) im Falle von deren Säumnis, wie in Abschnitt 3.7.1 beschrieben oder wenn der jeweilige ein Schädlicher Kommanditist ist, wie in Abschnitt 3.6.1 beschrieben, zurücknehmen.

Nach der Rücknahme ist der jeweilige Kommanditist nicht länger Eigentümer dieser Kommanditanteile.

3.10.4 Rücknahme nach eigenem Ermessen zu Ausschüttungszwecken

Die Gesellschaft kann nach eigenem Ermessen beschließen, eine anteilmäßige Teilrücknahme der Kommanditanteile aller Anleger zu Ausschüttungszwecken vorzunehmen, wenn das Kapital der Anleger zum gegebenen Zeitpunkt nicht für die Tötigung von Investitionen oder für Folgeinvestitionen benötigt wird.

Nach einer solchen Teilrücknahme nach eigenem Ermessen ist der Kommanditist nicht mehr Eigentümer der zur Teilrücknahme bestimmten Kommanditanteile.

3.11 **Bewertung und Nettoinventarwert**

Der Nettoinventarwert wird von der Zentralverwaltungsstelle unter Verantwortung des AIFM mindestens einmal jährlich zum Geschäftsjahresende oder aber zu den im jeweiligen Teilfondsanhang des Informationsdokumentes benannten Bankarbeitstagen (der "**Bewertungstag**") nach dem luxemburgischen GAAP und den nachfolgend geregelten Bewertungsregeln berechnet. Der Nettoinventarwert wird in Euro angegeben.

Der Jahresbericht enthält die Berechnungsgrundlage, z.B. alle relevanten verwendeten Parameter. Alle Bewertungsrichtlinien unterliegen den Gesetzen des Großherzogtums Luxemburgs und sind entsprechend auszulegen. Bei der Bewertung sollten folgende Richtlinien beachtet werden:

3.11.1 Vermögensgegenstände der Teilfonds, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind oder auf einem organisierten Markt gehandelt werden

Vermögensgegenstände der Teilfonds, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind oder auf einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, werden zu ihren jeweiligen Listenpreisen bewertet. Dies gilt nicht (i) in Abschnitt „Bewertungsmethode für Aktiva“ unten ist etwas anderes vorgesehen oder (ii) der Börsenpreis ist nicht repräsentativ. In diesen Fällen wird der Wert dieser Vermögensgegenstände auf Grundlage des wahrscheinlichen Realisierungswerts nach Treu und Glauben geschätzt.

3.11.2 Vermögensgegenstände der Teilfonds, die nicht an einer Börse zum Handel zugelassen sind oder nicht auf einem organisierten Markt gehandelt werden, sowie Vermögensgegenstände ohne verfügbaren Handelspreis

Vermögensgegenstände der Teilfonds, die nicht an einer Börse zum Handeln zugelassen sind oder nicht auf einem organisierten Markt gehandelt werden, sowie Vermögensgegenstände, für die kein Handelspreis verfügbar ist, werden auf Grundlage

ihres aktuellen Marktwerts laut Ermittlung anhand geeigneter Bewertungsmodelle bewertet, wobei der aktuellen Marktlage Rechnung zu tragen ist. Dies gilt nicht, wenn in dem nachfolgenden Abschnitt „Bewertungsmethode für Aktiva“ etwas anderes vorgesehen ist.

3.11.3 Bewertungsmethode für Aktiva

(a) Vermögensgegenstände der Teilfonds, die zum Handel an einer Börse zugelassen sind oder auf einem organisierten Markt gehandelt werden (insbesondere Wertpapiere einschließlich Unternehmensbeteiligungen, Aktien und andere Unternehmensanteile), werden zu ihren jeweiligen (letzten verfügbaren) Marktpreisen vorbehaltlich spezieller Bewertungsregeln für die gegebenenfalls im Informationsdokument aufgelisteten einzelnen Vermögensgegenstände bewertet. Sind diese Preise nicht repräsentativ oder aber nicht verfügbar, wird der Wert dieser Vermögensgegenstände der Teilfonds auf Grundlage des wahrscheinlich realisierbaren Werts ermittelt, der nach Treu und Glauben und unter Beachtung der Bewertungsrichtlinie des AIFM durch den AIFM geschätzt wird;

(b) Vermögensgegenstände der Teilfonds (insbesondere Wertpapiere einschließlich Unternehmensbeteiligungen, Aktien und andere Unternehmensanteile), die nicht an einer Börse zum Handeln zugelassen sind oder nicht auf einem organisierten Markt gehandelt werden oder für die kein handelbarer Preis verfügbar ist, werden zum beizulegenden Zeitwert basierend auf geeigneten Bewertungsmodellen sowie unter Berücksichtigung aktueller Marktumstände und vorbehaltlich spezieller Bewertungsregeln für die individuellen gegebenenfalls im Informationsdokument aufgelisteten Vermögensgegenstände bewertet. Die verwendete Methode muss im Einklang mit den neuesten IPEV-Richtlinien (*International Private Equity and Venture Capital Valuation*) und der Bewertungsrichtlinie des AIFM stehen;

(c) Im Allgemeinen werden Schuldverschreibungen zum Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen vorbehaltlich spezieller Bewertungsregeln bewertet, die gegebenenfalls im Informationsdokument aufgelistet sind;

(d) Im Allgemeinen werden nicht notierte Schuldverschreibungen anhand von historischen Kosten (abzüglich gegebenenfalls Abschreibungen) sowie Werthaltigkeitstests bewertet, die auf den Geschäftsplänen der zugrundeliegenden Unternehmen basieren und die Zahlungsströme verdeutlichen, die zur Bedienung der Schuldverschreibungen verfügbar sind. Wenn die emittierenden Unternehmen eine positive Eigenkapitalposition der Gesellschafter haben, kann dies ebenfalls als ein

Anzeichen dafür dienen, dass die Schuldverschreibungen werthaltig sind. Bei Bedarf können aufgelaufene Zinsen berücksichtigt werden, wenn die jeweiligen Zinsen bedingungslos vom Emittenten geschuldet werden. Andernfalls (d.h. im Falle liquiditäts- und/oder ergebnisbezogener Zinsen – Zinsen, die bedingt geschuldet werden) sind aufgelaufene Zinsen und Zinsforderungen zum Zeitpunkt des Zuflusses zu berücksichtigen;

(e) Aktien und/oder Anteile von OGA, spezialisierten Investmentfonds, OGAW und vergleichbaren Investmentfonds werden zum jüngst ermittelten und zum jeweiligen Bewertungsstichtag verfügbaren Nettoinventarwert bewertet;

(f) Der Wert von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten bzw. Bareinzahlungen, Wechseln und Zahlungsforderungen sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Bardividenden und Zinserträgen, die wie oben beschrieben beschlossen wurden oder aufgelaufen sind, aber noch nicht erhalten wurden, finden vollumfänglich Berücksichtigung, es sei denn, es ist unwahrscheinlich, dass diese Beträge gezahlt oder erhalten werden. In diesem Fall wird ein Abschlag festgesetzt, mit dessen Hilfe der tatsächliche Wert dieser Beträge errechnet wird. Im Falle von Geldmarktinstrumenten, die mit dem Nettokaufpreis beginnen und bei denen die sich ergebende Rendite auf gleichem Niveau gehalten wird, wird der Bewertungspreis schrittweise an den Rücknahmepreis angepasst;

(g) Ergeben sich hinsichtlich der Marktumstände wesentliche Änderungen, wird die Bewertungsgrundlage der einzelnen Investitionen an die neuen Markttrenditen angepasst. Der Wert von Termingeschäften, Terminkontrakten oder Optionen, die an Börsen oder auf anderen regulierten Märkten gehandelt werden, wird auf Grundlage der neuesten verfügbaren Kurse dieser Kontrakte zum Bewertungsstichtag an den Börsen bzw. auf den regulierten Märkten berechnet, an bzw. auf denen diese Termingeschäfte, Terminkontrakte oder Optionen gehandelt werden. Kann ein Termingeschäft, ein Terminkontrakt oder eine Option an einem Tag, für den der Nettoinventarwert festgesetzt wird, nicht realisiert werden, wird die Bewertungsgrundlage für diesen Kontrakt unter Beachtung der Bewertungsrichtlinie des AIFM entsprechend angemessen festgesetzt;

(h) Der Wert der Terminkontrakte bzw. Optionen, die nicht an Börsen oder auf anderen regulierten Märkten gehandelt werden (OTC-Derivate), entspricht dem Nettorealisierungswert zum jeweiligen Bewertungsstichtag, der gemäß den Richtlinien des AIFM auf einer Grundlage ermittelt wird, die einheitlich für alle verschiedenen

Formen von Kontrakten gilt. Swaps werden zu ihrem Marktwert bewertet – bei Zinsswaps mit Bezug auf den zugrundeliegenden Zinstrend;

(i) Auf andere als die Währung des Teilfonds lautende Aktiva und Passiva werden zu dem zum relevanten Bewertungsstichtag in Luxemburg geltenden Wechselkurs in die Währung des Teilfonds umgerechnet (i.d.R. der von der EZB veröffentlichte Referenzkurs). Ist kein Wechselkurs verfügbar, wird er vom AIFM nach Treu und Glauben gemäß der von ihm vorgegebenen Methode ermittelt.

3.11.4 Bewertungsmethode für Passiva

Als Passiva gelten

- (a) sämtliche entstandenen bzw. zahlbaren Aufwendungen und Gebühren;
- (b) sämtliche aktuell bekannten und zukünftigen Verbindlichkeiten, einschließlich sämtlicher fälligen vertraglichen Verpflichtungen für Zahlungen von Geldern oder Vermögensgegenständen, einschließlich aufgeführter, aber noch nicht vorgenommener Ausschüttungen;
- (c) entsprechende Rückstellungen für künftige Steuern basierend auf Vermögen und Einnahmen des jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft bis zum Bewertungsstichtag (z.B. latente Steuern) sowie gegebenenfalls sonstige Rückstellungen, die vom Komplementär genehmigt und bewilligt wurden, sowie gegebenenfalls jeder Betrag, der vom Komplementär als geeignete Rücklage für potenzielle Verbindlichkeiten erachtet wird; sowie
- (d) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten, die gemäß luxemburgischem Recht ausgewiesen werden.

Bei der Bestimmung der Höhe dieser Verbindlichkeiten müssen alle Aufwendungen berücksichtigt werden, die vom jeweiligen Teilfonds gezahlt werden müssen. Die Gesellschaft kann für Rechnung des jeweiligen Teilfonds regelmäßig wiederkehrende Kosten im Voraus basierend auf geschätzten Zahlen für Jahres- und andere Zeiträume schätzen und abgrenzen.

3.11.5 Zusätzliche Bewertungsmethode für Kommanditanteile

(a) Kommanditanteile, die gegebenenfalls zwangsweise zurückgenommen werden sollen, werden in den Büchern so lange als umlaufende Kommanditanteile aufgeführt, bis der Zeitpunkt des Einzugs gekommen ist. Von diesem Zeitpunkt an bis zur Zahlung der Abfindung wird der Sachverhalt dann als eine Verbindlichkeit des jeweiligen Teilfonds abgebildet.

(b) Kommanditanteile, die von Teilfonds auszugeben sind, werden ab dem Ausgabezeitpunkt als umlaufende Kommanditanteile behandelt.

(c) Der Marktpreis bzw. Wechselkurs zum Bewertungsstichtag findet dann Berücksichtigung, wenn Investitionen, Termineinzahlungen und andere auf eine andere als die Währung des jeweiligen Teilfonds lautende Vermögensgegenstände bewertet werden.

3.11.6 Zusätzliche Bewertungsmethode für potenzielle Investitionen

Hat sich die Gesellschaft für Rechnung eines Teilfonds zu einem Bewertungstag verpflichtet,

(a) Vermögensgegenstände zu kaufen, wird der für diese Vermögensgegenstände zu zahlende Betrag als ein Passivposten der Gesellschaft ausgewiesen, wobei der Wert des zu erwerbenden Vermögenswerts als ein Aktivposten des jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft ausgewiesen wird;

(b) Vermögensgegenstände zu verkaufen, wird der für diese Vermögensgegenstände des jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft erhaltene Betrag als ein Aktivposten ausgewiesen, wobei der zu liefernde Vermögenswert nicht als ein Aktivposten des jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft ausgewiesen wird. Ist der genaue Wert der Gegenleistung zum Bewertungsstichtag nicht bekannt, wird er vom AIFM geschätzt.

(c) sowohl bei Käufen als auch bei Verkäufen von Vermögensgegenständen auf einem regulierten Markt gelten die in diesem Abschnitt aufgeführten Grundsätze ab dem Bankarbeitstag nach dem Closing des betreffenden Kaufs bzw. Verkaufs. Wird die Transaktion von einem Broker vorgenommen, ist das Datum maßgeblich, an dem der betreffende Broker den Auftrag über den Kauf bzw. Verkauf ausführt.

3.11.7 Berechnung des Nettoinventarwerts

Der Nettoinventarwert je Kommanditeil einer Kommanditeilsklasse eines Teilfonds wird in der Währung des jeweiligen Teilfonds ausgewiesen und von der Zentralverwaltungsstelle unter der Aufsicht des AIFM an jedem im Teilfondsanhang des besonderen Teils benannten Bewertungstag sowie zusätzlich an jedem anderen Bankarbeitstag ermittelt, den der AIFM gegebenenfalls fallweise festsetzt. Der Nettoinventarwert wird gemäß den Vorgaben der luxemburgischen GAAP (*Generally Accepted Accounting Principles*) berechnet, indem (i) der Nettoinventarwert der jeweiligen Kommanditeilsklasse des jeweiligen Teilfonds der Gesellschaft in Form des Werts des Bruttovermögens abzüglich des Anteils der Verbindlichkeiten an diesem

Bewertungstag durch (ii) die Anzahl an Kommanditanteilen der jeweiligen Kommanditanteilsklasse dividiert wird, die am betreffenden Bewertungstag der jeweilige Kommanditanteilsklasse des jeweiligen Teilfonds ausgegeben waren.

3.11.8 Vorübergehende Aussetzung der Bewertung des Nettoinventarwerts

(a) Die Aussetzung der Festsetzung des Nettoinventarwerts kann gemäß den Bestimmungen dieses Abschnitts erfolgen.

(b) Der AIFM kann die Bewertung des Nettoinventarwerts sowie die Ausgabe und Einziehung von Kommanditanteilen der jeweiligen Kommanditanteilsklassen des jeweiligen Teilfonds in folgenden Fällen vorübergehend aussetzen:

(i) während eines Zeitraums, in dem ein Markt oder eine Börse, die sich auf dem Hauptmarkt befindet, oder eine Börse, an der ein beträchtlicher Teil der Investitionen der jeweiligen Teilfonds notiert sind, geschlossen ist und dies nicht auf gewöhnliche Feiertage zurückzuführen ist, oder während dessen Handelsgeschäfte erheblich eingeschränkt oder ausgesetzt werden;

(ii) wenn aus anderen außergewöhnlichen Umständen die Preise von Investitionen, die Eigentum des jeweiligen Teilfonds sind, nicht sofort oder genau ermittelt werden können;

(iii) wenn die üblicherweise zur Berechnung des Werts von Vermögen des jeweiligen Teilfonds verwendeten Kommunikationsmittel vorübergehend eingestellt werden oder wenn der Wert einer Investition in den jeweiligen Teilfonds aus irgendeinem Grund nicht mit der gewünschten Schnelligkeit und Präzision berechnet werden kann;

(iv) wenn durch Beschränkungen hinsichtlich des Austauschs oder Transfers von Kapital die Durchführung von Handelsgeschäften für den Teilfonds verhindert wird oder wenn Kauf- und Verkaufsgeschäfte in seinem Auftrag nicht zu den üblichen Wechselkursen stattfinden können;

(v) wenn durch Faktoren, die u.a. von der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Lage abhängen und die sich der Kontrolle, der Verantwortung und dem Handlungsvermögen des jeweiligen Teilfonds entziehen, der Teilfonds daran gehindert wird, auf sein Vermögen zuzugreifen und dessen Nettoinventarwert regulär und angemessen zu berechnen; oder

(vi) wenn der AIFM dies beschließen sollte, vorausgesetzt, alle Kommanditisten werden gleichberechtigt behandelt und alle relevanten Gesetze und

Vorschriften finden Anwendung, sobald eine außerordentliche Gesellschafterversammlung der Gesellschafter des Teilfonds einberufen wurde, um über die Beendigung oder Liquidation des Teilfonds zu entscheiden.

Eine solche Aussetzung der Bewertung des Nettoinventarwerts wird von dem AIFM veröffentlicht und den Kommanditisten mitgeteilt. Neben diesem Abschnitt sind ergänzend die Regelungen des Gesellschaftsvertrags zu beachten.

3.11.9 Spezielle Bewertungsregeln

(a) Bewertung von Investitionen in nicht-verwahrfähige Vermögensgegenstände des jeweiligen Teilfonds

(b) Investitionen in nicht-verwahrfähige Vermögensgegenstände des jeweiligen Teilfonds werden an jedem Bewertungstag zum dann aktuellen Marktwert auf Grundlage geeigneter Bewertungsmodelle und unter Berücksichtigung der dann vorherrschenden Marktumstände bewertet. Das Bewertungsverfahren und die Bewertungsmethode werden einmal pro Jahr von einer namhaften Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, was auch das Bewertungsmodell und die verwendeten Informationsquellen einschließt.

3.11.10 Unabhängiger Gutachter

Die Bewertung kann entweder a) durch einen Unabhängigen Gutachter oder b) durch die Bewertungsabteilung des AIFM erfolgen. Diese Entscheidung trifft der AIFM für jeden erworbenen nicht-verwahrfähigen Vermögensgegenstand des jeweiligen Teilfonds.

(i) Der Unabhängige Gutachter wird gemäß den Vorschriften des AIFM-Vertrags bestellt. Der Unabhängige Gutachter muss als solcher eingetragen sein, sich nach den Berufsregeln richten und über Garantien verfügen. Der Unabhängige Gutachter muss über entsprechende Erfahrungen hinsichtlich der Formen der zu bewertenden Vermögensgegenstände und des betreffenden Marktes verfügen. Vom AIFM wird unter Berücksichtigung aller bei der Berechnung verwendeten relevanten Parameter eine Plausibilitätsprüfung der Ergebnisse durchgeführt.

(ii) Die interne Bewertung wird von der unabhängigen Bewertungsabteilung des AIFM gemäß den umgesetzten und im Organisationshandbuch dokumentierten Verfahren durchgeführt.

4. VERWALTUNG, HAFTUNG DER GESELLSCHAFTER, ÜBERWACHUNG, GOVERNANCE

4.1 Komplementär

4.1.1 Die Gesellschaft wird von dem Komplementär Alceda Directors S.à r.l., einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*) luxemburgischen Rechts verwaltet.

4.1.2 Der Komplementär hat die umfassenden Befugnisse, im Namen der Gesellschaft sämtliche Verwaltungs- und Verfügungshandlungen innerhalb des Gesellschaftszwecks der Gesellschaft und im Rahmen der Anlagepolitik gemäß 4.8 vorzunehmen, sowie im Namen der Gesellschaft nach außen aufzutreten und zu handeln. Er hat insbesondere die Befugnis, die Anlageziele, -richtlinien und -beschränkungen sowie die generelle Verwaltungs- und Geschäftspolitik der Gesellschaft festzulegen und Verwaltungs-, Beratungs- und sonstige Verträge im Namen der Gesellschaft zu schließen, die er für die Ausübung seiner Funktion im Sinne des Gesellschaftszwecks der Gesellschaft für notwendig oder nützlich hält, jeweils im Rahmen der Vorgaben dieses Gesellschaftsvertrages, des Informationsdokuments und der anwendbaren Gesetze und Vorschriften.

4.1.3 Sämtliche Befugnisse, die nicht nach dem anwendbarem Recht oder diesem Gesellschaftsvertrag der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, fallen in den Zuständigkeitsbereich des Komplementärs.

4.1.4 Die Kommanditisten dürfen nicht an der Leitung oder Verwaltung der Gesellschaft teilnehmen oder ihr Geschäft bzw. ihre Handlungen beeinflussen und haben keine Befugnis und kein Recht, auf die Geschäftsführung der Gesellschaft Einfluss zu nehmen oder daran teilzuhaben, sofern und soweit dies nicht durch diesen Gesellschaftsvertrag ausdrücklich vorgesehen ist, aber in diesem Fall jeweils in den Grenzen des Gesetzes von 1915.

4.1.5 Die Gesellschaft trägt alle Aufwendungen des Komplementärs. Der Komplementär erhält nach Maßgabe des Informationsdokuments zudem eine Haftungsvergütung.

4.2 Abberufung des Komplementärs

4.2.1 Der Komplementär kann, abgesehen von den Voraussetzungen des 4.2.2, ausschließlich aus wichtigem Grund durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung abberufen und ersetzt werden. Ein wichtiger Grund liegt bei grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichem Fehlverhalten durch den Komplementär

vor, das durch ein Gericht der ersten Instanz des zuständigen Gerichtsbezirks festgestellt wurde und zu einem wesentlichen wirtschaftlichen Nachteil für die Gesellschaft geführt hat, jeweils während der Ausübung seiner Pflichten als Komplementär dieser Gesellschaft, so wie diese in diesem Gesellschaftsvertrag niedergelegt und im Informationsdokument näher beschrieben sind.

Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Abberufung des Komplementärs aus wichtigem Grund wird wie folgt gefasst:

(a) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn mindestens fünfundsiebzig Prozent (75 %) des Gesellschaftskapitals anwesend oder vertreten sind.

(b) Der Beschluss gilt als gefasst, wenn mindestens fünfundsiebzig Prozent (75 %) der abgegebenen Stimmen dafür votiert haben. Für einen wirksamen Beschluss über die Abberufung des Komplementärs ist dessen Zustimmung nicht erforderlich.

4.2.2 Sofern und soweit der Komplementär und der AIFM verbundene Unternehmen sind, gilt die Kündigung des AIFM-Vertrages seitens des AIFM als wichtiger Grund im Sinne von Absatz 4.2.1 Wird bis zu diesem Zeitpunkt kein neuer Komplementär bestellt, führt der bisherige Komplementär die Gesellschaft so lange fort, bis ein neuer Komplementär entsprechend bestellt wurde.

4.2.3 Im Falle der Abberufung des Komplementärs wird die Gesellschafterversammlung im selben Beschluss einen neuen Komplementär ernennen. Wird in der Gesellschafterversammlung kein neuer Komplementär bestellt, führt der bisherige Komplementär die Gesellschaft so lange fort, bis ein neuer Komplementär bestellt wurde.

4.2.4 Mit der Bestellung eines neuen Komplementärs wird der Komplementär seinen Komplementäranteil auf den neu ernannten Komplementär übertragen. Der Übertragungspreis entspricht dabei dem Ausgabepreis des Komplementäranteils bei Auflegung der Gesellschaft.

4.2.5 Im Falle einer Abberufung des Komplementärs wird der im Gesellschaftsvertrag entsprechend abgeändert. Alle Gesellschafter ergreifen die für das Ausscheiden des bisherigen Komplementärs erforderlichen Maßnahmen. Das Wort „Aquila“ darf nicht mehr Bestandteil der Bezeichnung der Gesellschaft bzw. des Namens des Komplementärs sein, es sei denn, der neue Komplementär ist ein verbundenes Unternehmen des Komplementärs.

4.2.6 Der ersetzte Komplementär und dessen Geschäftsführer, leitende Angestellte und Mitarbeiter bleiben weiterhin Freistellungsberechtigte wie in 4.7 beschrieben.

4.3 Zeichnungsbefugnis und Vertretung der Gesellschaft

4.3.1 Gegenüber Dritten wird die Gesellschaft durch die gemeinsame Unterschrift von zwei Geschäftsführern des Komplementärs rechtswirksam vertreten oder durch die gemeinsame oder alleinige Unterschrift von Personen, die durch den Komplementär entsprechend bevollmächtigt wurden.

4.3.2 Kein Kommanditist ist berechtigt, die Gesellschaft nach außen zu vertreten.

4.4 Haftung der Gesellschafter

4.4.1 In seiner Eigenschaft als Komplementär haftet der Komplementär unbegrenzt und mit etwaigen weiteren Komplementären gesamtschuldnerisch für alle Verbindlichkeiten und Verluste der Gesellschaft, die nicht aus dem Gesellschaftsvermögen bedient werden können.

4.4.2 Im Rahmen des Gesetzes von 1915 und dieses Gesellschaftsvertrages haften die Kommanditisten für die Verbindlichkeiten und Verluste der Gesellschaft nicht über die gezeichnete Kommanditeinlage zuzüglich der noch Offene Kapitalzusage hinaus, solange sie nicht für die Gesellschaft handeln. Hiervon ausgenommen sind Handlungen in Ausübung ihrer Rechte als Kommanditisten der Gesellschaft.

4.5 Übertragung von Befugnissen des Komplementärs

4.5.1 Der Komplementär kann jederzeit die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft einschließlich der Zeichnungsbefugnis im Rahmen der täglichen Geschäftsführung und seine Befugnis, einzelne begrenzte Handlungen im Rahmen des Gesellschaftszweckes und der Gesellschaftspolitik vorzunehmen, auf einzelne oder mehrere natürliche oder juristische Personen übertragen, welche keine Geschäftsführer des Komplementärs sein müssen, soweit sie in Luxemburg ansässig sind und ausschließlich in Luxemburg tätig werden. Die Kommanditisten können nicht in dieser Weise ernannt werden, ohne ihre beschränkte Haftung nach dem Gesetz von 1915 zu verlieren, es sei denn, das Gesetz von 1915 lässt dies ausdrücklich zu.

4.5.2 Der Komplementär kann jeweils einen oder mehrere Ausschüsse bilden, die sich aus Geschäftsführern des Komplementärs und/oder außenstehenden Personen zusammensetzen, an die der Komplementär nach Bedarf Befugnisse delegieren kann.

4.5.3 Der Komplementär wird wie in 4.6 näher beschrieben gemäß dem Gesetz von 2013 sowie 2016 einen AIFM für die Gesellschaft bestellen.

4.5.4 Der Komplementär kann außerdem spezifische notarielle oder privatschriftliche Vollmachten erteilen.

4.6 AIFM

4.6.1 Die Gesellschaft bestellt im Einklang mit Kapitel II der AIFM-Richtlinie und Kapitel 2 des Gesetzes von 2013 sowie 2016 einen AIFM. Die Rechte und Pflichten des AIFM sowie seine Abberufung sind in dem Gesetz von 2013 sowie 2016 und dem AIFM-Vertrag geregelt.

4.6.2 Als AIFM wird die Alceda Fund Management S.A., 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg bestellt.

4.6.3 Der AIFM wird, unter der Aufsicht des Komplementärs, die Gesellschaft im Einklang mit dem Gesellschaftsvertrag und unter Beachtung der Vorgaben des Rechts des Großherzogtums Luxemburg, insbesondere dem Gesetz von 2013 sowie des Gesetzes von 2016, und im ausschließlichen Interesse des oder der Kommanditisten verwalten. Der AIFM ist dabei befugt, alle Recht, die direkt oder indirekt mit den Vermögenswerten die Gesellschaft verbunden sind auszuüben. Einzelheiten zur Ernennung des AIFM sind im Informationsdokument niedergelegt.

4.6.4 Der Komplementär kann den AIFM nach dem Vorgaben des AIFM-Vertrages kündigen.

4.6.5 Der gekündigte AIFM und dessen Geschäftsführer oder Vorstandsmitglieder, leitende Angestellte und Mitarbeiter bleiben gegebenenfalls weiterhin Freistellungsberechtigte wie in 4.7 beschrieben.

4.7 Freistellung und Entschädigung

4.7.1 Die Gesellschaft wird aus ihrem Vermögen den AIFM, den Komplementär, den Anlageberater bzw. Investment Advisor und dessen jeweilige Organe, leitende Angestellte und Mitarbeiter (sofern es einen solchen gibt) und die Mitglieder des Anlageausschusses (jeweils eine "**Freigestellte Person**") im Rahmen der gesetzlichen Regelungen für jede Haftung und alle Forderungen, Schäden und Verbindlichkeiten, denen diese unter Umständen aufgrund ihrer Eigenschaft als Organe, leitende Angestellte oder Mitarbeiter des AIFM, des Komplementärs, des Anlageberaters oder als Mitglied des Anlageausschusses oder aufgrund einer von ihnen im Zusammenhang mit der Gesellschaft vorgenommenen oder unterlassenen Handlung unterliegen, freistellen. Dies gilt nicht, soweit eine Inanspruchnahme im vorgenannten

Sinne nicht von der Freigestellten Person durch grobe Fahrlässigkeit, Bösgläubigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten verursacht wurde oder ein Grund für eine Kündigung aus wichtigem Grund nach dem AIFM-Vertrag vorliegt. Der Anspruch auf Freistellung bleibt solange unberührt, bis ein grob fahrlässiges, bösgläubiges oder vorsätzliches Verhalten oder die wirksame Kündigung des AIFM-Vertrags wegen Kündigung aus wichtigem Grund gerichtlich festgestellt oder von der Freigestellten Person anerkannt ist.

4.7.2 Das Recht jedes Dienstleisters und des AIFM, nach dem vorstehenden Absatz freigestellt zu werden, richtet sich nach den Bedingungen und Bestimmungen des jeweils zwischen der Gesellschaft oder dem AIFM und diesem Dienstleister abgeschlossenen Dienstleistungsvertrags.

4.7.3 Wird zwischen einer Freigestellten Person und einem Dritten ein Vergleich erzielt, wird die vorstehend geregelte Freistellung lediglich im Zusammenhang mit Angelegenheiten gewährt, die Gegenstand des Vergleichs sind und hinsichtlich derer sich die Freigestellte Person keines Pflichtverstoßes gegenüber der Gesellschaft im Sinne der oben näher beschriebenen Bedeutung schuldig gemacht hat. Um zu beurteilen, ob unter diesen Umständen eine Freistellung gewährt wird oder nicht, kann sich die Gesellschaft an einen kompetenten Berater wenden, der nach Treu und Glauben der Gesellschaft auszuwählen ist.

4.8 Anlagepolitik, Investitionsstruktur und Investitionsprozess

Anlagepolitik, Investitionsstruktur und Investitionsprozess der Gesellschaft richten sich nach dem Informationsdokument.

4.9 Kosten, Gebühren und Vergütung

Das Vermögen der Gesellschaft wird nach den Vorgaben des Informationsdokuments mit Vergütungen, Kosten, Gebühren und Auslagen belastet.

4.10 Berichtswesen

Die Berichterstattung der Gesellschaft an die Gesellschafter sowie die Informations- und Prüfungsrechte des Kommanditisten richten sich nach dem Informationsdokument.

4.11 Wirtschaftsprüfer

4.11.1 Der Jahresbericht der Gesellschaft wird von einem Wirtschaftsprüfer, der als *réviseur d'entreprises agréé* qualifiziert und von der Gesellschafterversammlung beauftragt und von der Gesellschaft vergütet wird, geprüft.

4.11.2 Wirtschaftsprüfer ist bis zu einer gegenteiligen Entscheidung der Gesellschafterversammlung PricewaterhouseCoopers, *société coopérative*, 2, rue Gerhard Mercator, L-2182 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

5. GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNGEN, GESCHÄFTSJAHR, AUSSCHÜTTUNGEN

5.1 Befugnisse der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung vertritt die Gesamtheit der Gesellschafter. Sie hat die gesetzlichen Befugnisse zur Anordnung, Durchführung und Genehmigung aller mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängenden Handlungen, die nicht gesetzlich oder durch diesen Gesellschaftsvertrag dem Komplementär übertragen sind. Ihre Beschlüsse sind bindend für alle Gesellschafter.

5.2 Gesellschafterversammlungen

5.2.1 Die ordentliche Gesellschafterversammlung der Gesellschaft findet in Übereinstimmung mit dem Recht des Großherzogtums Luxemburg am Geschäftssitz der Gesellschaft in Luxemburg an einem in der Einberufung zu bestimmenden Bankarbeitstag, innerhalb eines 6-Monat-Zeitraums nach Ende des Geschäftsjahres oder an einem anderen, in der Einberufung angegebenen Ort zu der in der Einberufung angegebenen Zeit statt. Die ordentliche Gesellschafterversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls nach Ermessen des Komplementärs außergewöhnliche Umstände dies erfordern.

5.2.2 Der Komplementär kann im Rahmen der Vorgaben des Gesetzes von 1915 weitere Gesellschafterversammlungen einberufen. Diese werden an dem Ort und zu der Zeit abgehalten, welche in der Einberufung angegeben sind.

5.2.3 Die gesetzlich festgesetzten Quoren und Benachrichtigungsfristen sind für die Durchführung einer Gesellschafterversammlung maßgeblich, sofern nichts anderes in diesem Gesellschaftsvertrag festgelegt ist.

5.2.4 Die Gesellschafterversammlungen werden grundsätzlich vom Komplementär durch Ladungen, welche die Tagesordnung beinhalten, einberufen. Die Einberufung erfolgt in der gesetzlich vorgeschriebenen Form und mindestens acht (8) Kalendertage vor der Gesellschafterversammlung.

5.2.5 Daneben haben die Kommanditisten, die (gemeinsam) mindestens 10 % des Gesellschaftskapitals halten, das Recht, den Komplementär schriftlich aufzufordern, eine Gesellschafterversammlung innerhalb von vier (4) Wochen nach der schriftlichen Aufforderung einzuberufen. Sofern der Komplementär dieser Aufforderung innerhalb

der Frist nicht nachkommt, sind die Kommanditisten berechtigt, die Gesellschafterversammlung selbst einzuberufen.

5.2.6 Die Tagesordnung wird grundsätzlich vom Komplementär vorbereitet. In den Fällen, in denen die Gesellschafterversammlung auf Aufforderung der Kommanditisten einberufen wird, sind die Tagesordnungspunkte von den Kommanditisten vorzuschlagen. Der Komplementär wird die Einberufung gemäß Absatz 4 dieses Paragraphen veranlassen, und die Tagesordnung ggf. um weitere Punkte ergänzen.

5.2.7 Falls alle Gesellschafter bei einer Gesellschafterversammlung anwesend oder vertreten sind und falls sie bestätigen, von der Tagesordnung der entsprechenden Gesellschafterversammlung vollumfänglich Kenntnis zu haben, kann diese ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

5.2.8 Die Gegenstände, die bei einer Gesellschafterversammlung zu behandeln sind, beschränken sich auf die Angelegenheiten, welche in der Tagesordnung festgesetzt sind, die wenigstens die gesetzlich vorgeschriebenen Tagesordnungspunkte beinhalten muss, sowie auf die Angelegenheiten, welche in deren Zusammenhang stehen, es sei denn, alle Gesellschafter einigen sich auf eine andere Tagesordnung.

5.2.9 Der Komplementär oder eine von ihm bestellte Person führt den Vorsitz. Der Vorsitzende hat einen Schriftführer und einen Stimmenzähler zu bestellen.

5.2.10 Über die Gesellschafterversammlung wird ein Protokoll gefertigt, das vom Vorsitzenden unterzeichnet wird. Kopien oder Auszüge, die im Rahmen von Gerichtsverfahren oder anderen Verfahren vorgelegt werden sollen, unterzeichnet der Komplementär.

5.2.11 Die Gesellschafterversammlung ist neben den gesetzlich vorgesehenen Befugnissen, insbesondere Beschluss über den Jahresabschluss, Bestellung des Wirtschaftsprüfers, Verwendung des Jahresergebnisses, Entlastung des Komplementärs und Liquidation der Gesellschaft auch zuständig für die Abberufung des Komplementärs, jeweils im Einklang mit den Regelungen dieses Gesellschaftsvertrages.

5.2.12 Gesellschafterversammlungen können auch auf Ebene eines Teilfonds stattfinden. Die vorstehenden Regeln gelten entsprechend.

5.3 Anwesenheit und Mehrheitserfordernisse

5.3.1 Alle Gesellschafter haben das Recht auf Teilnahme an allen Gesellschafterversammlungen. Alle Gesellschafter haben ein Rederecht auf den Gesellschafterversammlungen.

5.3.2 Ein Gesellschafter kann sich bei der Gesellschafterversammlung durch jede andere Person vertreten lassen. Diese muss nicht Gesellschafter sein. Die dazu ausgestellte Vollmacht kann in schriftlicher Form oder durch ein gleichwertiges Kommunikationsmittel erteilt werden.

5.3.3 Die Gesellschafter sind berechtigt, an einer Gesellschafterversammlung per Videokonferenz oder mittels anderer Telekommunikationseinrichtungen, die es ermöglichen, alle Teilnehmer zweifelsfrei während der Dauer der jeweiligen Konferenz zu identifizieren und störungsfrei zu hören, teilzunehmen. Sie werden für die Ermittlung der Bedingungen über Beschlussfähigkeit und Mehrheit und Abstimmung als anwesend erachtet. Die vorbenannten verwendeten technischen Hilfsmittel müssen stets eine effektive und durchgehende Teilnahme an der Gesellschafterversammlung gewährleisten.

5.3.4 Jeder Komplementäranteil gewährt eine (1) Stimme und Kommanditanteile in Höhe von 1 Mio. EUR gewähren je eine (1) Stimme. Die Anzahl der ausgegebenen Gesellschaftsanteile bei Abschluss dieses Gesellschaftsvertrages ist in 7.3 festgelegt. Weitere Kommanditanteile können von der Gesellschaft nach ihrem Ermessen ausgegeben werden und eine Verpflichtung zu deren Zeichnung über Zeichnungsvereinbarungen eingegangen werden, solange und soweit die Gesellschaft Zeichnungen nach Maßgabe ihres Informationsdokumentes zulässt. Zu deren Abschluss ist der Komplementär nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrages befugt. Einer Änderung des 0 bedarf es in diesem Fall nicht.

5.3.5 Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit dies nicht anderweitig gesetzlich oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgeschrieben ist, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, unabhängig von der Anzahl der durch die anwesenden oder vertretenen Gesellschafter gehaltenen Gesellschaftsanteile. Ungültige Stimmen und Enthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Ein mit dieser Mehrheit getroffener Beschluss bindet auch diejenigen Gesellschafter, die ihm nicht zugestimmt haben.

5.3.6 Soweit dies nicht anderweitig gesetzlich oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgeschrieben ist, erfordert jeder Beschluss der

Gesellschafterversammlung die Zustimmung des Komplementärs, um wirksam zu werden. Beschlüsse nach 4.2 Absatz 1 sind von diesem Zustimmungserfordernis explizit ausgeschlossen.

5.3.7 Die vorstehenden Regelungen gelten auf Ebene eines Teilfonds entsprechend.

5.4 Schriftliche Beschlüsse

5.4.1 Alternativ zu einer Gesellschafterversammlung können die Gesellschafter ihre Beschlüsse auch schriftlich fassen. Jeder Gesellschafter wird in diesem Fall den Text der zu fassenden schriftlichen Beschlüsse erhalten und hat die Gelegenheit, schriftlich darüber abzustimmen.

5.4.2 Schriftliche Abstimmungen unterliegen denselben Anforderungen an die Anzahl der vertretenen Stimmen und an die zu erzielenden Mehrheiten wie persönlich abgehaltene Gesellschafterversammlungen.

5.4.3 Die vorstehenden Regelungen gelten auf Ebene eines Teilfonds entsprechend.

5.5 Geschäftsjahr und Jahresabschluss

5.5.1 Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am ersten Tag im Monat Oktober und endet am letzten Tag im Monat September eines jeden Jahres. Das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am Tag ihrer Gründung und endet am 30. September 2017.

5.5.2 Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft sind in Euro ausgewiesen und werden auf Grundlage der allgemein anerkannten Grundsätze der Rechnungslegung in Luxemburg (LuxGAAP) sowie unter Beachtung der Vorgaben des Gesetzes von 1915, des Gesetzes von 2013 und 2016 innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen, spätestens jedoch bis zu der ordentlichen Gesellschafterversammlung, die über das vorangegangene Geschäftsjahr zu beschließen hat und die nicht später als neunzig (90) Kalendertage nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahrs stattzufinden hat, aufgestellt werden.

5.6 Ausschüttungen und Ergebnisverwendung

5.6.1 Kommanditisten sind ausschüttungsberechtigt. Der Komplementär ist nicht ausschüttungsberechtigt. Ausschüttungen an die Kommanditisten erfolgend pro rata im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Kommanditanteile.

5.6.2 Die Gesellschafterversammlung entscheidet auf Vorschlag des Komplementärs und im gesetzlich vorgegebenen Umfang über Ausschüttungen. Zu

diesem Zweck wird mindestens einmal im Jahr die ausschüttungsfähige Liquidität der Gesellschaft ermittelt.

5.6.3 Der Komplementär kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen jederzeit Zwischenausschüttungen vornehmen.

5.6.4 Ausschüttungsfähige Liquidität kann als Ausschüttungen, welche das Ergebnis der Gesellschaft verwenden (die „**Ergebnisausschüttung**“), durch Rücknahmen von Kommanditanteilen oder durch Ausschüttungen ausgezahlt werden, welche weder Ergebnisausschüttungen noch Rücknahmen von Kommanditanteilen sind (die „**Substanzausschüttung**“). Die Auszahlung erfolgt in Euro.

5.6.5 Ausschüttungen an Kommanditisten werden an ihre jeweilige, im Register angegebene Bankverbindung gezahlt. Die Ausschüttungen erfolgen zu einem vom Komplementär festgelegten Zeitpunkt grundsätzlich als Geldleistung. Der Komplementär kann Sachausschüttungen an einen oder mehrere Kommanditisten vornehmen, vorbehaltlich der Einhaltung des Prinzips der Gleichbehandlung von Kommanditisten, der entsprechenden Rechtsvorschriften des Großherzogtums Luxemburg und der vorherigen Zustimmung der jeweiligen Kommanditisten. Die Kosten und Aufwendungen für solche Sachausschüttungen werden von den jeweiligen Kommanditisten getragen. Ausschüttungen bleiben bis zur Auszahlung unverzinst. Jede Ausschüttung, die nicht innerhalb von drei (3) Jahren nach ihrer Festsetzung eingefordert wurde, verfällt und geht an die Gesellschaft zurück.

5.6.6 Nach der Ausgabe sind die Kommanditanteile einschließlich deren Bruchteile grundsätzlich im Verhältnis der auf diese Kommanditanteile geleisteten Nettokapitaleinlage zur gleichrangigen Beteiligung an der Ergebnisverwendung sowie den Ausschüttungen der Gesellschaft berechtigt.

5.7 **Aufrechnungsverbot in Bezug auf VAG-Anleger**

Soweit und solange Kommanditanteile zum Sicherungsvermögen eines VAG-Anlegers gehören, verzichtet die Gesellschaft insoweit auf jede Aufrechnung sowie die Ausübung von Zurückbehaltungsrechten, Pfandrechten und anderen Rechten. Dies gilt auch im Falle einer Insolvenz.

6. **VERWAHRSTELLE**

6.1 **Verwahrstelle**

6.1.1 Die Gesellschaft wird die Verwahrung ihrer Vermögenswerte einer Gesellschaft anvertrauen (die „**Verwahrstelle**“), welche den Anforderungen der Gesetze von 2016 und 2013 an Verwahrstellen genügt. Die Verwahrstelle wird ihre

Pflichten und Aufgaben im Sinne der Gesetze von 2013 und 2016 sowie dem sonstigen anwendbaren Luxemburger Recht nach den Vorgaben des Verwahrstellenvertrages wahrnehmen.

6.1.2 Enden die Aufgaben der Verwahrstelle, wird der Komplementär alle Anstrengungen unternehmen, um unverzüglich im Einklang mit den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen nach dem Ende der Bestellung der ehemaligen Verwahrstelle eine neue Verwahrstelle zu bestellen.

7. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

7.1 Änderungen des Gesellschaftsvertrags

7.1.1 Dieser Gesellschaftsvertrag kann auf einer Gesellschafterversammlung unter Einhaltung der folgenden Regelungen und soweit durch das Gesetz von 1915 zulässig geändert oder ergänzt werden:

(a) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn mindestens neunzig Prozent (90 %) des Gesellschaftskapitals anwesend oder vertreten sind. Wird eine entsprechende Beschlussfähigkeit nicht erreicht, wird eine zweite Gesellschafterversammlung einberufen, die ungeachtet des dort vertretenen Anteils des Gesellschaftskapitals wirksam Beschlüsse fassen kann.

(b) Für beide Versammlungen gilt: Der Beschluss gilt als gefasst, wenn mindestens Zwei-Drittel der abgegebenen Stimmen dafür votiert hat.

7.1.2 Soweit dies nicht anderweitig gesetzlich oder in diesem Gesellschaftsvertrag vorgeschrieben ist, erfordert der Beschluss der Gesellschafterversammlung die Zustimmung des Komplementärs, um wirksam zu werden.

7.1.3 Änderungen dieses Gesellschaftsvertrags, die die Rechte der Kommanditisten eines Teilfonds betreffen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit auch der Zustimmung der Kommanditisten des betreffenden Teilfonds. Die vorgenannten Mehrheitsverhältnisse oder sonstige Vorgaben zu Quoren oder Mehrheiten, welche in diesem Gesellschaftsvertrag niedergelegt sind, gelten entsprechend.

7.2 Anwendbares Recht, Gerichtsstand

7.2.1 Dieser Gesellschaftsvertrag unterliegt dem Rechts des Großherzogtums Luxemburg. Gerichtsstand für Rechtsstreitigkeiten ist Luxemburg-Stadt.

7.3 Eingezahltes Kapital, Inkrafttreten, Exemplare

7.3.1 zeichnenden Parteien erklären hiermit und bestätigen jeweils, dass das Kapital der Gesellschaft zum Gründungsdatum wie folgt gezeichnet und eingezahlt wurde:

Gesellschafter	Kommandit anteile	Komplement äranteile	Zeichnungss umme (EUR)	Sofort fälliger Teil der Zeichnungss umme (EUR)	Zahl der sofort ausgegebene n Kommandita nteilen
Alceda Directors S. à r.l. (Komplementär)		1	5	5	
Alceda Fund Management S.A. (Gründungsko mmanditist)	1		95	95	1
Gesamt	1	1	100		

7.3.2 Anlässlich der Zeichnung eines weiteren Kommanditisten neben dem Gründungskommanditisten wird die Gesellschaft die in oben stehender Tabelle benannten Kommanditanteile des Gründungskommanditisten vollumfänglich und voraussichtlich bis zum 31. Dezember 2016 zwangsweise zu deren vorbenannten Nennwert zurücknehmen.

ZEICHNUNG UND EINZAHLUNG DER ANTEILE

Die Erschienenen haben die Anteile wie folgt gezeichnet:

Alceda Fund Management S.A., wie vorgenannt: 1 Kommanditanteil

Alceda Directors S.à r.l., wie vorgenannt: 1 Komplementäranteil

All diese Anteile wurden vollständig mit einer Geldeinlage von den Erschienenen bezahlt, so dass die Summe von einhundert Euro (100,- EUR), welche von den Erschienenen bezahlt wurde und von nun an der Gesellschaft frei zur Verfügung steht. Der Beweis hierfür wurde dem unterzeichneten Notar erbracht.

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Das erste Geschäftsjahr beginnt heute und endet am 31. Dezember 2016.

KOSTEN

Die von der Gesellschaft infolge der Gründung der Gesellschaft zu tragenden Kosten belaufen sich auf zwei tausend drei hundert Euros (2.300,- EUR).

AUSSERORDENTLICHE AKTIONÄRSVERSAMMLUNG

Die Erschienenen, die das gesamte Kapital der Gesellschaft vertreten, halten eine außerordentliche Aktionärsversammlung ab.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit, treffen die Kommanditisten, mit Zustimmung des Komplementärs, einstimmig die folgenden Beschlüsse:

- Der Zweck der Gesellschaft wurde bestimmt und die Satzung wurde festgelegt;
- Der Sitz der Gesellschaft wurde auf 5, Heienhaff, L-1736 Senningerberg, Großherzogtum Luxemburg festgelegt; und
- PricewaterhouseCoopers, société coopérative, 2, rue Gerhard Mercator, L-2182 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg wurde als Abschlussprüfer der Gesellschaft bestellt.

Daraufhin wurde der vorstehende Akt in Luxemburg zu dem oben genannten Datum notariell beurkundet.

Nachdem der Text der Erschienenen vorgelesen wurde, deren Vor- und Nachname und berufliche Adresse dem Notar bekannt sind, wurde die vorliegende Urkunde im Original von der Erschienenen gemeinsam mit dem Notar unterzeichnet.

Signé: A. BOLCH, C. WERSANDT

Enregistré à Luxembourg A.C. 2, le 20 décembre 2016

2LAC/2016/26757

Reçu soixante-quinze euros

75,00 €

Le Receveur ff, (signé) Yvette THILL

POUR EXPEDITION CONFORME

délivrée;

Luxembourg, le 22 décembre 2016

LION UMBRELLA FUND SCS, SICAV-RAIF

**Investmentgesellschaft mit variablem Kapital – spezialisierter Investmentfonds unter
der Form einer Kommanditgesellschaft**

Gesellschaftssitz: L-1736 Senningerberg, 5, Heienhaff

BERICHTIGUNG

*Der unterzeichnete Notar Carlo **WERSANDT**, mit Amtswohnsitz in Luxemburg, erklärt hiermit, daß in der Urkunde der Gesellschaft “**LION UMBRELLA FUND SCS, SICAV-RAIF**”, mit Gesellschaftssitz in L-1736 Senningerberg, 5, Heienhaff, abgehalten vor obengenanntem Notar, am 12. Dezember 2016, eingetragen zu Luxemburg, am 20. Dezember 2016, Relation 2LAC/2016/26757, noch nicht am Handels- und Firmenregister Luxemburg hinterlegt, noch nicht eingetragen im Firmen- und Handelsregister Luxemburg, Sektion B, noch nicht veröffentlicht im „Recueil électronique des Sociétés et Associations (RESA)“, ein materieller Fehler bezüglich der Übergangsbestimmungen unterlaufen ist, und zwar dahingehend, daß das erste Geschäftsjahr heute beginnt und am 30. September 2017 endet.*

Der unterzeichnete Notar fordert die Erwähnung dieser Verbesserung überall, wo es sich als notwendig erweist.

Luxemburg, den 3. Januar 2017

Carlo WERSANDT

(Notar)

Signé: C. WERSANDT

Enregistré à Luxembourg A.C. 2, le 5 janvier 2017

2LAC/2017/362

Reçu douze euros

12,00 €

pr. Le Receveur, (signé) Yvette THILL